

Datenschutzinformation gemäß § 15 KDG

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Stiftung Mütter in Not
Jahnstraße 30
70597 Stuttgart

Tel: 0711 9791-3281
Fax: 0711 9791-3009
E-Mail: interkulturelles-sozialmanagement@bo.drs.de

2. Kontaktdaten der betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Bischöfliches Ordinariat
Stabsstelle Datenschutz
Postfach 9
72101 Rottenburg

Tel: 07472 169-890
Fax: 07472 169-83890
E-Mail: datenschutz@bo.drs.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten für die Bearbeitung Ihres Antrags auf Gewährung einer Einzelfallhilfe bzw. Teilnahme an einer Maßnahme aus der Stiftung „Mütter in Not“ und der sich ggf. anschließenden Gewährung einer Einzelfallhilfe bzw. Maßnahme. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Daten: Anschrift, familiäre Verhältnisse (Alter und Zahl der Kinder, alleinerziehend), Berufsausbildung, Erwerbsstatus und wirtschaftliche Verhältnisse.

Die für die Bearbeitung Ihres Antrags erforderlichen Daten werden uns von Ihnen zur Verfügung gestellt.

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung sind die Vorschriften aus § 6 Abs. 1 lit. f) des Gesetzes über den Kirchlichen Datenschutz (KDG).

Rechtsgrundlage bei Erteilung einer ausdrücklichen Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke, ist § 6 Abs. 1 lit. b) KDG. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon nicht berührt.

4. Empfänger der Daten

Wir übermitteln Ihre Daten an die vermittelnde Stelle zur Mitteilung einer Entscheidung und ggf. Auszahlung des Zuschusses.

5. Dauer der Speicherung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten solange dies für die Bearbeitung Ihres Antrags oder die Abwicklung der Gewährung einer Einzelfallhilfe erforderlich ist.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgeschriebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Schließlich richtet sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die z. B. nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können.

Die aufgrund einer uns ausdrücklich erteilten Einwilligung zur Verarbeitung für bestimmte Zwecke verarbeitete Daten werden nach einem etwaigen Widerruf der Einwilligung, sofern möglich, gelöscht.

6. Rechte der Betroffenen

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen bestehen folgende Rechte:

- das Recht auf Auskunft nach § 17 KDG,
- das Recht auf Berichtigung nach § 18 KDG,
- das Recht auf Löschung nach § 19 KDG,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach § 20 KDG,
- das Recht auf Datenübertragbarkeit nach § 22 KDG,
- das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach § 23 KDG, sowie
- das Recht zur Beschwerde bei der Datenschutzaufsicht nach § 48 KDG.

Kontakt Daten der Datenschutzaufsicht

Katholisches Datenschutzzentrum Frankfurt a.M.
Frau Ursula Becker-Rathmair
Haus am Dom
Domplatz 3
60311 Frankfurt

Tel.: 069 800871 - 88 00
Fax: 069 800871 - 88 15
E-Mail: info@kdsz-ffm.de